

DIE LINKE. Landesverband Sachsen-Anhalt

3. Tagung des 2. Landesparteitages

Magdeburg, 23. Oktober 2010

Rede des Landesvorsitzenden Matthias Höhn

- Es gilt das gesprochene Wort -

Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Freundinnen und Freunde,
meine sehr verehrten Damen und Herren Gäste,

es gelingt in diesen Wochen wohl kaum jemandem, sich der zugespitzten gesellschaftlichen Debatten zu entziehen. Alle Themen, die gerade die öffentliche Auseinandersetzung prägen, sind unmittelbar mit Sachsen-Anhalt verknüpft: die Sarrazin-Diskussion, der Atom-Deal der Bundesregierung, die Proteste in Stuttgart, die Mobilisierung breiter Bündnisse gegen das Sparpaket der Bundesregierung...

Im Kern geht es bei all diesen Dingen um zwei zentrale Fragen: Wollen wir es als Gesellschaft hinnehmen, dass auf zunehmende soziale Spannungen mit einer weiteren Verschärfung der Ausgrenzung einzelner Bevölkerungsgruppen und dem Schüren von Ressentiments und Ablehnung reagiert wird? Und wollen wir es zulassen, dass die politischen Verantwortungsträger zunehmend losgelöst von jeder gesellschaftlichen und demokratischen Rückkopplung weitreichende Entscheidungen für unser Land treffen? Auf beide Aspekte will ich versuchen einzugehen.

Dieses Land ist in keiner guten Verfassung. Immer mehr Menschen sind beinahe von jeglicher gesellschaftlichen Teilhabe abgekoppelt, von sozialer Teilhabe, von politischer und auch von Teilhabe an Bildung und Kultur. Der Vorwurf, diese Menschen hätten sich in ihren Lebenslagen eingerichtet, ist mehr als infam. Ja, nur noch die wenigsten von ihnen schaffen den Weg heraus aus dieser Situation. Aber war das ihre Entscheidung? Nein, im Gegenteil, immer unverblümter wird ihnen vermittelt, dass sie nicht gebraucht werden, dass sie „den anderen“ auf der Tasche liegen, dass sie froh sein sollten, wenn ihnen fünf Euro mehr abgegeben werden. Und diese Situation hat bereits begonnen, über die Generationen weitergegeben zu werden. Heute wird jedes zweite Kind in unserer Landeshauptstadt in eine Familie hineingeboren, die auf Hartz-IV-Leistungen angewiesen ist. Entweder sind zum Teil beide Eltern seit Jahren arbeitslos oder sie retten sich mit prekären Beschäftigungsverhältnissen über die Runden. Familiäre Situationen werden an die Grenzen belastet, Kreativität wird unterdrückt, Freiraum für Bildung und Kultur genommen, persönliche Perspektiven tragen meist mehr Zukunftsangst als Hoffnung in sich.

Ich gebe zu, dieses Bild passt nicht zur Einschätzung der CDU. Die selbst ernannte „Sachsen-Anhalt-Partei“ feiert sich mit einer Erfolgsmeldung nach der anderen und hat längst den Blick für die Realitäten in diesem Land verloren. Jede Kritik wird abgebugelt mit dem Vorwurf, man würde

das Land schlecht reden. Das nun ist besonders amüsant, war es doch die CDU, die mit einer nie da gewesenen Rote-Laterne-Kampagne 2002 den Wahlkampf bestritt. Die Arbeitslosigkeit sinkt – auf dem Papier. Doch was steht denn hinter diesen Zahlen. Zunächst sollte auch die CDU wissen, dass die Bevölkerungszahl nach wie vor abnimmt – und damit auch die Zahl der Erwerbsfähigen. Junge, gut ausgebildete Menschen kehren immer noch dem Bundesland den Rücken – gerade um einer drohenden Arbeitslosigkeit zu entgehen. Und Zehntausende sind es mittlerweile, die sich im Niedriglohnssektor oder in Ein-Euro-Jobs verdingen müssen und damit aus der Statistik herausfallen. Wer dies alles als Erfolg verkaufen will, der gehört nun wirklich dringend abgewählt.

Wir wollen uns nicht mit dieser Situation abfinden. Vielmehr sagen wir: Wenn wir unserem Bundesland eine Perspektive geben wollen, die dauerhaft tragfähig ist und Sachsen-Anhalt auf eigene Füße stellt, wird dies nur gelingen, wenn wir den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken, statt ständig neu auszugrenzen. Jede und jeder hat ein Recht darauf, mit gleichen Chancen ins Leben zu starten, Bildung zu genießen, ohne Angst vor Armut, und selbstbestimmt für sich und sein Leben Entscheidungen zu treffen. Und dieses Land braucht auch jede und jeden. Wir sind überzeugt davon, dass in jedem Kind Potenzial und Kreativität stecken, Forschergeist oder künstlerische Neigung, dass jedes Kind mit seinen Stärken und Schwächen eine Bereicherung für uns alle ist. Das, was wir bereits vor Jahren formuliert haben, gilt nach wie vor: das Maß, in dem es gelingt, möglichst allen Teilhabe zu ermöglichen, entscheidet über das Entwicklungspotenzial unseres Landes. Und dafür gibt es zwei wesentliche Faktoren, die eng miteinander verknüpft sind: Bildung und soziale Gerechtigkeit. Wo Bildung mangelt, werden Selbstbestimmung und Entwicklungspotenziale gehemmt. Und wo Armut wächst, werden individuelle Lebenswege verbaut und gesellschaftliche Chancen nutzlos vertan.

Wir antworten auf die enormen gesellschaftlichen Herausforderungen eben nicht mit Ausgrenzung und Stigmatisierung, sondern mit sozialem Ausgleich und Chancengleichheit, denn wir wollen ein Land für alle!

Nicht nur die aktuellen Protestbewegungen, sondern schon zahlreiche empirische Befunde der letzten Jahre zeigen immer deutlicher die wachsende Kluft zwischen Bürgerinnen und Bürgern auf der einen und Politik auf der anderen Seite. Dies wird mindestens aus zwei Richtungen gespeist. Zum einen natürlich von der eben beschriebenen Frage von Chancengleichheit und sozialer Gerechtigkeit. „Demokratische Beteiligung schrumpft, wo persönliche Perspektive zunehmend schwindet“ – so haben wir es auf dem letzten Parteitag formuliert. Und gleichzeitig – und nichts hat dies so deutlich zutage treten lassen wie die weltweite Wirtschafts- und Finanzkrise – entmachtet sich Politik selbst und übergibt mehr oder weniger freiwillig die Entscheidungsgewalt an große Lobbygruppen und global agierende Konzerne. Die Menschen spüren dies, schon deshalb weil sie immer wieder aufs Neue die Zeche dafür bezahlen sollen und sich einige wenige die satten Gewinne einstreichen. Es geht nicht nur um eine Vertrauenskrise unserer parlamentarischen Demokratie, es geht vielmehr um die Frage, ob es gelingen kann, die gesellschaftlich relevanten Entscheidungen wieder dort hinzuholen, wo sie hingehören: in die Öffentlichkeit und in die demokratisch legitimierte Gremien. Wer Beteiligung an Wahlen steigern will, der muss auch dafür sorgen, dass politische Entscheidungen von Wahlergebnissen abhängig sind.

Wir streiten für eine Wiedergewinnung des Öffentlichen, nicht weil wir staatsgläubig sind, sondern weil es unserem Verständnis von Demokratie entspricht. Die Antwort auf die dramatischen Entwicklungen seit 2008 kann nur ein Mehr an politischer Entscheidungskompetenz und demokratischer Mitwirkung sein. Niemand zwingt Regierungen, die Geschicke aus der Hand zu geben und der Privatisierung das Wort zu reden. Dahinter stehen bewusste Entscheidungen der letzten Jahre. Aber genau darum sind sie auch korrigierbar. Wir wollen Menschen ermutigen, für ihre Interessen die Stimme zu erheben und ihre Stimme abzugeben. Wir laden Bürgerinnen und Bürger ein, mit uns um die besten Lösungskonzepte für unser Land zu ringen.

Es ist kein Zufall, dass sich diese Prämissen in dem euch nun vorliegenden Entwurf für unser Landtagswahlprogramm wiederfinden. Bevor ich auf die Inhalte eingehe, möchte ich jedoch etwas zur hinter uns liegenden Diskussion sagen.

Dieses Wahlprogramm hat einen Entstehungsprozess durchlaufen, für den wir uns bewusst entschieden hatten und der sich aus heutiger Sicht auch gelohnt hat. Nachdem Landesvorstand und Fraktion Anfang dieses Jahres erste Eckpunkte formuliert hatten, haben wir auf fünf Regionalkonferenzen über die grundsätzliche Ausrichtung diskutiert. Viele Mitglieder haben sich daran beteiligt. Es folgte ein erster Textentwurf als nächste Diskussionsetappe. Zu diesem Entwurf haben den Landesvorstand zahlreiche Zuschriften, Hinweise und Kritiken erreicht. Sie sind zu einem großen Teil eingeflossen in die nun vorliegende überarbeitete Fassung.

Ich möchte mich zunächst sehr herzlich bei allen bedanken, die sich in diese Debatte eingebracht haben. Mir selbst war es von Anfang an zentrales Anliegen, über unsere inhaltliche Aufstellung und unserer Vorhaben für die nächsten fünf Jahre langfristig die Verständigung zu suchen. Es reicht nicht, wenn Vorstände politische Entscheidungen vorbereiten und herbeiführen. Ein solches Wahlprogramm braucht – gerade unter der Zielstellung, die wir uns gesetzt haben, nämlich die Regierungsverantwortung für Sachsen-Anhalt zu übernehmen – eine breite Akzeptanz im Landesverband, schließlich sind wir am Ende auch alle gemeinsam gefordert, in den nächsten fünf Jahren Verantwortung zu tragen.

Und ich möchte es nicht versäumen, der Arbeitsgruppe Wahlprogramm herzlich zu danken. Sie hat diesen Prozess maßgeblich begleitet, die unterschiedlichen Vorschläge sortiert, die verschiedensten Erwartungen an Umfang und Stil des Wahlprogramms zu berücksichtigen versucht. Liebe Angelika, Birke, Henriette, Anke, lieber Wulf, Achim, Frank, Peter und Martin, es war mir eine Freude und ihr habt euch auch die Anerkennung dieses Landesparteitages verdient.

Wir haben uns mit diesem Wahlprogramm auf Schwerpunkte konzentriert. Ich bin nach wie vor davon überzeugt, dass das eine richtige Entscheidung war – aus mehreren Gründen: Zum einen muss ein solches Programm für den interessierten Leser fassbar bleiben und sollte sich nicht in Details verzetteln, so individuell spannend die mitunter auch sind. Zum anderen werden und müssen wir auch in unserem Wahlkampfauftritt Akzente setzen. Wer versucht, alle Themen gleichberechtigt zu kommunizieren, wird am Ende überhaupt nicht wahrgenommen. Zum dritten

gibt es klare Prioritäten der Wählerinnen und Wähler, was ihre Problemsicht betrifft und welche Lösungswege sie unterstützen. Und letztlich haben wir uns als Partei in den letzten Jahren ein Profil erarbeitet, das uns Anerkennung und Zutrauen bei den Wählerinnen und Wählern verschafft hat.

Die Bürgerinnen und Bürger geben drei zentralen Themen den klaren Vorrang: das sind Arbeitsplätze, von denen man vernünftig leben kann, das sind beste Entwicklungschancen für Kinder und Jugendliche und das ist ein gerechtes Bildungssystem. Gleichzeitig, und das ist Erfolg unserer gemeinsamen Arbeit, erreichen wir bei diesen Politikfeldern auch die höchsten Kompetenzwerte.

Wir wollen gute Arbeit und gute Löhne, statt prekären Beschäftigungsverhältnissen, Lohndumping und Leiharbeit. Darum wollen wir in der nächsten Legislaturperiode z. B. ein Vergabegesetz verabschieden, das öffentliche Auftragsvergabe an Billiganbieter verhindert und Arbeitnehmerrechte in den entsprechenden Unternehmen stärkt. Das kann und muss unser Beitrag sein auf dem Weg zu einem flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn bundesweit.

Wir wollen Chancengleichheit von Anfang an und bleiben darum bei unserer Forderung, den Rechtsanspruch auf ganztägige Bildung und Betreuung für alle Kinder unabhängig vom Erwerbsstatus der Eltern endlich wieder einzuführen. Es ist inakzeptabel, dass bereits in den ersten Lebensjahren Chancen für den weiteren Lebensweg so zentral vom Elternhaus abhängig gemacht werden.

Und wir wollen Sachsen-Anhalt endlich auf den Weg zu längerem gemeinsamen Lernen bringen. Wir wissen, dass dies eines der schwierigsten Vorhaben ist – die Widerstände der Lobbygruppen werden erheblich sein (das hat Hamburg gezeigt), die personellen Randbedingungen stehen nicht zum besten und Reformvorschläge im Bildungsbereich lösen immer Vorbehalte aus. Aber: Es ist nicht hinnehmbar, dass in Deutschland das Kind mit mindestens einem Elternteil aus der oberen Dienstklasse bei gleicher Lesekompetenz eine 4,5mal größere Chance auf das Abitur hat als das Kind eines Arbeiters. Das gegliederte Schulsystem ist keine Antwort auf unterschiedliche Begabungen, es ist nicht mehr als ein Überbleibsel überkommenen gesellschaftlichen Klassendenkens.

Ich werde einige weitere Punkte unseres Wahlprogramms nur stichpunktartig benennen, da Wulf heute Nachmittag darauf noch einmal ausführlich eingehen wird. Unsere Forderungen beinhalten:

- ein gesundes und bezahlbares Mittagessen für alle Kinder in den Kindertagesstätten und Grundschulen,
- einen öffentlichen Dienst, der eine Zukunft hat, jungen Menschen eine Perspektive bietet und leistungsfähig bleibt,
- den Einstieg in einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor, der im Gegensatz zur Bürgerarbeit einen wirklichen Ausweg aus Hartz IV bietet und in dem gleichzeitig wichtige Arbeit geleistet werden kann,
- starke und handlungsfähige Städte und Gemeinden, weil dort unmittelbar über den

Lebensalltag aller entschieden wird,

- einen Ausbau der Möglichkeiten direkter Demokratie,
- die flächendeckende Einführung von Sozialtickets für Bus und Bahn, denn alle, ob jung oder alt, ob mit oder ohne Auto, haben ein Recht, Bildungs-, Kultur- oder Dienstleistungsangebote erreichen zu können,
- die schrittweise Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte behinderter Menschen, um deren selbstverständliche Teilhabe am Leben in der Gesellschaft zu ermöglichen und auch ihre vielfältigen Potenziale für das Gemeinwohl nutzbar zu machen,
- den Vorrang für erneuerbare Energien und Klimaschutz,
- und den Schutz der Bürgerrechte, ohne die öffentliche Sicherheit zu vernachlässigen.

Der Kampf gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus ist und bleibt zentraler Bestandteil unseres politischen Engagements – nicht nur in Wahlkämpfen, sondern Tag für Tag.

Die NPD hat angekündigt, noch in diesem Jahr mit der DVU fusionieren zu wollen. Im Moment gibt es wenig Anzeichen dafür, dass diese Vereinigung scheitern wird. Gerade die organisatorische Schwäche der DVU könnte die Erklärung dafür sein, dass die Kooperation diesmal gelingt und sich die beiden rechten Parteien nicht wieder mal - wie sonst in der Vergangenheit - überwerfen.

Damit fusioniert die dienstälteste rechtsextreme Partei, die so genannten Nationaldemokraten, mit der Phantompartei des Verlegers und Millionärs Gerhard Frey. Die NPD baut damit ihre Stellung aus, die wichtigste und gefährlichste Kraft der parteiförmigen Rechten in Deutschland zu sein. Gefährlich deshalb, weil sie innerhalb der Demokratie weiter daran arbeiten kann, die Demokratie abzuschaffen. Und dabei ist sie für all diejenigen wählbar, die in der Stumpfheit, in der Kleinkariertheit und in der Hetze, die ihnen die NPD anbietet, einen Kanal für ihre eigene Bitterkeit und ihren eigenen Hass finden. Nicht allein die strategische und die interne thematische Ausrichtung macht die Rechtsextremen stark, es ist vor allem eine gesellschaftliche Stimmung.

DIE LINKE fordert nicht nur das Verbot der NPD. Wir wissen, dass alle Probleme, die sich aus Hass und Dumpfheit, aus Gewalt und Vorurteil speisen, sich nicht damit erledigen, wenn eine Partei verboten ist. Aber im Moment schwindet innerhalb der Bevölkerung, und das europaweit, die Überzeugung, dass wir alle gleich sind - und gleich an Würde sein sollten. Während die Welt größer wird, rücken die Kleinmütigen näher zusammen. Und sie wollen nicht sehen, dass viele der Flüchtlinge, die versuchen, sich nach Europa durchzukämpfen, dafür ihren ganzen Mut brauchen und nicht selten ihr Leben aufs Spiel setzen - für so etwas hat man schwerwiegende Gründe.

Nicht zuletzt darum ist es gerade auch in diesem Wahlkampf unsere Aufgabe, für die Achtung der Würde eines jeden Menschen einzustehen und Ausgrenzungsideologien und Fremdenfeindlichkeit Widerstand zu leisten. Der Umgang mit Flüchtlingen, mit Migrantinnen und Migranten ist Gradmesser für eine humane Politik, denn es geht um den Umgang mit jenen, die in besonderem Maße staatlicher Repression und gesellschaftlicher Ausgrenzung ausgesetzt sind.

Die NPD versucht augenscheinlich, ihren Bundesparteitag am 6. November in Sachsen-Anhalt, in Hohenmölsen durchzuführen. Die Verantwortlichen vor Ort haben unsere volle Unterstützung in ihrem Bemühen, den Nazis ihre Stadt nicht zu öffnen. Aber das reicht nicht. Es ist nicht auszuschließen, dass die NPD letztlich nicht doch vor Gericht Erfolg hat. Ich möchte euch darum heute schon aufrufen: Sollten sich die Rechtsextremen aus der gesamten Bundesrepublik an diesem Tag in Sachsen-Anhalt versammeln, muss es in einem breiten Bündnis ein sichtbares Zeichen der demokratischen Zivilgesellschaft geben. Jede und jeder von uns ist gefragt.

Und es ist gewiss auch kein Zufall, dass sie sich Sachsen-Anhalt als Tagungsort ausgewählt haben. Wir müssen davon ausgehen, dass sich die Rechtsextremen in diesen Wahlkampf massiv einbringen werden. Wir alle haben die Aufgabe, den Einzug der Nazis in den Landtag von Sachsen-Anhalt zu verhindern.

Die Landtagswahl am 20. März 2011 ist für unser Land eine Richtungsentscheidung. Ein schlichtes „Weiter so“ wäre für Sachsen-Anhalt der falsche Weg. Er würde Stillstand in wichtigen Bereichen und damit keine Verbesserung der Lebenssituation der Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger bedeuten. DIE LINKE wird gebraucht – mehr denn je, denn ohne DIE LINKE ist ein „Weiter so“ vorprogrammiert. Wir wollen nicht die nächste Landesregierung führen, weil uns Opposition keinen Spaß mehr macht. Wir engagieren uns für einen Regierungswechsel, damit wir endlich zu einem Politikwechsel in diesem Land kommen!

DIE LINKE ist das inhaltliche und strategische Gegenangebot zur regierenden CDU. Bleibt es bei einer Politik der sozialen Ausgrenzung, der Bildungsungerechtigkeit und der Niedriglöhne? Oder gibt es eine Politik des sozialen Ausgleichs, der Bildungsgerechtigkeit, wirtschaftlichen Vernunft und der ökologischen Erneuerung?

Genau diese Frage stellt sich auch den Sozialdemokraten, nicht nur in Sachsen-Anhalt, aber hier zuallererst. Nun habe ich mit Interesse verfolgt, wie sich die SPD hier bei uns auf den zurückliegenden Landesparteitagen und Landtagssitzungen inhaltlich profiliert. Es ist gut für Sachsen-Anhalt, wenn DIE LINKE nicht die einzige Kraft ist, die sich für Bildungsgerechtigkeit und gegen Niedriglöhne einsetzt. Nur: Dieser Einsatz der SPD bleibt solange unglaubwürdig, wie sie sich de facto für eine Fortsetzung der Koalition mit Haseloffs CDU ausspricht. Und das tut sie, wenn sie eine Koalition unter unserer Führung ausschließt. In diese Situation hat sich die SPD selbst begeben. Sie kann diese Situation nur selbst auflösen.

Wir werden keinen Koalitionswahlkampf führen. Wir werden um Zustimmung zu unserem politischen Angebot werben. Die Wählerinnen und Wähler werden am 20. März 2011 entscheiden, für welche Richtung in diesem Lande Mehrheiten gegeben sind.

Die Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt bilden den Auftakt zu einem Superwahljahr. In sechs Landtagswahlen wird sich auch zeigen, ob die Menschen den Kurs der schwarz-gelben Bundesregierung mittragen oder nicht. Schon einmal ist eine Bundesregierung über eine Kette verlorener Landtagswahlen gestürzt. Und darum kommt diesem Wahljahr eine erhebliche

bundespolitische Bedeutung zu. Gelingt es, in den Ländern ein Gegengewicht zur Mitte-Rechts-Koalition im Bund zu schaffen oder nicht. In dieser Frage steht DIE LINKE gleichermaßen in der Pflicht wie die SPD.

In diesen Tagen wird viel über unsere strategische Aufstellung als Partei diskutiert. Brauchen wir eine Neujustierung oder nicht? Nun, was wir nicht brauchen sind zwei sozialdemokratische Parteien. Das ist eine Binsenweisheit. Dieses Ziel verfolgt auch niemand ernsthaft.

Die Strategie unserer Partei war über vier Jahre so erfolgreich, wie es wohl kaum jemand 2005 erwarten konnte. Wir haben die politische Agenda in der Bundesrepublik nachhaltig geprägt, wir haben das Fünf-Parteien-System mit zwei hervorragenden Bundestagswahlergebnissen und den Einzug in sieben westdeutsche Landtage sowie der zweiten Regierungsbeteiligung in Brandenburg dauerhaft etabliert.

Nicht zuletzt infolge dieser Entwicklung ist die SPD im Bund in der Opposition gelandet – sie hat sich dies auch aufgrund ihrer Regierungspolitik der Vorjahre redlich verdient. Aber damit hat sich auch die Situation für uns als LINKE verändert. Wer glaubt, Erfolg wäre auf Dauer gepachtet, wenn man nur einfach so weitermacht wie gehabt, der täuscht sich. Politik lebt davon, sich auf veränderte Bedingungen einzustellen, Stimmungen ernst zu nehmen und Bündnispartner und damit Mehrheiten für das eigene Politikkonzept zu suchen.

Wir haben als Bundespartei eine zentrale Aufgabe: diese Bundesregierung muss weg, liebe Genossinnen und Genossen. Wenn man mit einem solchen Ziel auch einen Politikwechsel für soziale Gerechtigkeit, gesellschaftliche Teilhabe aller und eine friedlichere Außenpolitik verbindet – und das tun wir doch – dann wird dies nur mit uns gehen. Das haben nun die vergangenen Jahre bewiesen. SPD und Grüne allein sind kein Garant für eine andere Politik. Nur wenn wir Motor werden für und in einem Mitte-Links-Bündnis ist die Chance dafür gegeben. Wir müssen beide Parteien treiben zu einer solchen Politik, nicht indem wir einfach immer etwas mehr fordern als die SPD, sondern indem unsere Konzepte klar im Ziel sind, realistisch umzusetzen und gesellschaftliche Mehrheiten binden können. Wir wollen Gesellschaft verändern, nachhaltig. Wir wollen die kapitalistische Profitdominanz brechen, wir stehen für eine Demokratisierung aller gesellschaftlichen Bereiche (der Wirtschaft inklusive) und wir streiten für einen Paradigmenwechsel in der Außenpolitik. Das macht uns erkennbar. Dafür werden wir gewählt.

Die Programmdebatte unserer Partei läuft. Im Landesverband hat dazu bereits eine ganze Reihe an Veranstaltungen stattgefunden. Ich möchte mich bei allen bedanken, die sich dieser Aufgabe verschrieben haben. Aber ich sage auch: wir müssen hier noch nachlegen. Ich weiß, wir neigen dazu, uns auf die nächste Aufgabe zu konzentrieren, sei es die anstehende Stadtratssitzung oder eben die Vorbereitungen auf die Landtagswahl. Aber: diese tägliche Arbeit, für die wir uns in den letzten zwanzig Jahren Respekt und Anerkennung weit über die Parteigrenzen hinweg erworben haben, steht und fällt damit, dass wir als Gesamtpartei programmatisch langfristig gut aufgestellt sind.

Jede Kritik der bestehenden Verhältnisse ist legitim und notwendig, es gibt allen Grund dafür – zumal für eine demokratisch-sozialistische Partei. Nur damit ist noch kein einziger Schritt im Sinne

einer Verbesserung der Lebenssituation der Menschen getan. Was wir anbieten müssen, sind Vorschläge, die heute ansetzen und gleichzeitig langfristig wirken. Niemand wählt uns – zumindest nicht dreißig Prozent – nur weil wir eine schöne Zukunft versprechen.

Zu dieser Programmdebatte gehört auch unser Politikverständnis als Gesamtpartei. Demokratie ist Aushandlungsprozess und Interessenausgleich. Das ist unglaublich schwer. Wer aber glaubt, sich auf diese demokratischen Regeln nicht einlassen zu wollen oder zu müssen, der negiert zum einen die Veränderungskräfte, die diese Gesellschaft birgt, und verschließt sich zum anderen am Ende auch den realen Entscheidungsprozessen, nach dem Motto: DIE LINKE agitiert, die anderen handeln.

Wir haben als Landesverband in den vergangenen Jahren immer einen anderen Weg gewählt. In den Gemeinden, in den Landkreisen und auch auf Landesebene. Oskar Lafontaine sagt zu Recht, über den Erfolg einer Strategie entscheidet am Ende allein der Wähler. In Sachsen-Anhalt hat der Wähler DIE LINKE im letzten Jahr zur stärksten Partei gemacht.

Am 7. November tagt in Hannover der bundesweite Programmkonvent. Es liegt in unserem ureigensten Interesse, dass wir uns als Landesverband dort spürbar einbringen. Bisher haben sich nur wenige Mitglieder aus Sachsen-Anhalt angemeldet. Meine Bitte: Mobilisiert in der nächsten Woche noch einmal massiv für eine Beteiligung bei diesem Konvent.

Wir wollen heute unsere Ziele für die nächsten fünf Jahre definieren. Euch liegt der Vorschlag des Landesvorstandes zur Beschlussfassung vor.

Die Erwartungshaltung der Bürgerinnen und Bürger ist groß. Die Glaubwürdigkeit unseres inhaltlichen Angebotes ist zentral für unseren Erfolg in den kommenden Jahren. Über diese Glaubwürdigkeit entscheidet ihr heute in wesentlichem Maße. Wir müssen uns auf ein Programm verständigen, das unsere Ausgangslage als Land im Blick behält, das sich auf Schwerpunkte konzentriert, das Veränderung greifbar und realisierbar macht.

Der Wahlkampf wird uns einiges abverlangen. Wir werden von niemandem geschont werden. Umso wichtiger ist unsere eigene Geschlossenheit. Wir haben es geschafft – und das ist unser gemeinsamer Verdienst – lange Zeit weder durch inhaltlichen Streit noch durch Personalquerelen aufzufallen. Das haben wir der Konkurrenz in Sachsen-Anhalt überlassen, und das war auch gut so. Aber so muss es auch bleiben.

Die Ausgangsbedingungen sind gut. Und wir haben mit Wulf Gallert als unserem Kandidaten für das Amt des Ministerpräsidenten eine überzeugende Alternative zu Reiner Haseloff ins Rennen geschickt. Wulf hat dabei die Unterstützung des gesamten Landesverbandes.

Lasst uns deutlich machen, dass wir ein zukunftsfähiges Konzept für Sachsen-Anhalt haben und entschlossen sind, dafür um politische Mehrheiten zu werben. DIE LINKE will den Wechsel, sie ist bereit dafür. Es ist an der Zeit ...